

Die Bruderschaft ging aus der muslimischen Reformbewegung hervor und ist als der konsequenteste Zweig derselben anzusehen. Ihr erklärtes Ziel ist die Ordnung des öffentlichen und sozialen und schließlich des privaten Lebens nach den Grundsätzen des Islams bei Berücksichtigung der Zeitumstände und des technischen Fortschritts. Sie ist im Sinne des muslimischen Ideals wirklich umfassend, und ihr Gründer, Scheich Hassan elBanna, sagte sehr zutreffend, daß sie zugleich eine Reformbewegung, eine Glaubenslehre, eine Sufiwahrheit, eine politische Organisation, ein kultureller und wissenschaftlicher Verein, eine Handelsgesellschaft und eine soziale Doktrin sei. Ideologisch und auch politisch ist die Bruderschaft die einzige ernsthafte Konkurrenz, welche Nasser heute zu fürchten hat: Sie spricht die antieuropäischen Instinkte an, die aus dem Gefühl der technischen, wirtschaftlichen und militärischen Ohnmacht entspringen; sie verspricht eine soziale wirtschaftliche Entwicklung, die zwar nicht so radikal wie die der Nasserschen Sozialisten ist; sie bietet ein weltanschauliches System, welches genuin arabisch ist, und kommt in allen Fragen der Nostalgie der Araber entgegen, die sich in der modernen Welt enturzelt fühlen und eine Lebensordnung suchen, die ihnen geistige Sicherheit und Heimat bietet. Es ist keineswegs gesagt, daß die Zeit der Bruderschaft schon vorbei ist.

Wohin führt die neue Bewegung?

Diese neue islamische Bewegung, wie sie von Saudi-Arabien her gesteuert wird, hat auf lange Sicht ganz einfach das Ziel, die nationalistisch-sozialistischen Regierungen zu beseitigen. Man braucht die ehrlichen religiösen Absichten Faisals nicht in Frage zu stellen, wenn man behauptet, daß diese Bewegung vor allem erst ein-

mal der Entlastung Saudi-Arabiens dienen soll. Aber es gibt da immerhin auch ein positives Ziel und nicht nur einen machtpolitischen Zweck: die Durchsetzung des Islams im öffentlichen Leben und in der Politik. Es geht dabei keineswegs um eine Rückkehr zum mittelalterlichen Islam, die selbst orthodoxe Muslimen heute kaum noch für möglich halten. Vielmehr stehen alle diese Bewegungen, selbst wenn sie sich für orthodox halten, unter dem Einfluß der Salafija, der „Reform durch Rückkehr zu den Quellen des Islams“. Die Auseinandersetzung des Islams mit dem arabischen, dem nationalistischen oder dem „wissenschaftlichen“ Sozialismus enthielt schon in ihrem Keim den Versuch zur Synthese: auf der Seite der strenggläubigen Muslimen — und, wenn auch nicht ohne Verfälschung, auf der Seite der arabischen Sozialisten, die sich nicht gänzlich vom Islam zu lösen vermögen. Die These der Muslimen lautet heute: Alle Vorzüge, die der Sozialismus anpreist, bietet auch der Islam, der zudem noch wirklich arabisch und „gottgefällig“ ist. Dafür sind bisher allerdings nur Ansätze zu erkennen. Den orthodoxen Islam trennen noch Jahrhunderte von der Neuzeit, und die muslimische Reformbewegung in ihren verschiedenen Schattierungen leidet unter ähnlichen Inkonsequenzen wie der „arabische Sozialismus“. So wie die arabischen Sozialisten sich einen Koranvers leihen, um ihre Ansichten schmackhafter zu machen, so manipulieren die muslimischen Reformer ihre Koranverse oder die Überlieferung nach Belieben, finden Präzedenzen, wo sie sie brauchen, und haben selbst die Atombombe oder den Suezkanal im Koran vorhergesagt. In der Regel wird die zu leistende geistige Arbeit unterschätzt, welche zur Integration der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse in eine religiöse Weltanschauung nötig ist.

Bischofsworte in die Zeit

Bischof Hengsbach zur Bergbaukrise

Am 23. April 1966 hielt der Bischof von Essen, Franz Hengsbach, vor den von den letzten Zechenstilllegungen im Ruhrgebiet betroffenen Pfarrgemeinden eine Rede, in der er auf die durch die Krise im Kohlenbergbau bedingten wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der Bevölkerung seines Bistums einging. Dabei berief sich Bischof Hengsbach besonders auf die Weisungen der Pastoralkonstitution des Konzils über die Kirche in der Welt von heute. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion eingefügt.

Es sind nun gut acht Jahre her, seit das Bistum Essen gegründet wurde. Als ich am 1. Januar 1958 meine erste Ansprache auf dem Essener Burgplatz mit dem alten Bergmannsgruß „Glück auf!“ schloß, ahnte ich nicht, wie schwer mir einmal dieser Gruß über die Lippen kommen würde.

Die Kirche lebt in dieser Welt, und die Kirche an der Ruhr lebt im Schicksal der Menschen an der Ruhr. Ihnen ist der Bischof verbunden und verpflichtet. Gerade in schweren Zeiten kann er sich dieser Pflicht nicht entziehen. Er muß also auch, wenn es gefordert ist, reden, selbst dann, wenn das, was er sagt, nicht allen angenehm in den Ohren klingt.

Die Grundlage unseres menschlichen Schicksals hier an

der Ruhr ist der Bergbau. Ihm verdankt das Revier seine einmalige und einzigartige Stellung in der Welt. Dieser Bergbau ist in der Zeit, seit unser junges Bistum besteht, in eine Krise geraten. Diese Krise drängt zur Entscheidung. Zunächst handelte es sich um die Schließung nur kleinerer und älterer Zechen. Nun schließen plötzlich und unerwartet große, moderne und leistungsfähige Schachtanlagen. Ich nenne nur einige aus der näheren Umgebung: Zeche Dahlbusch hier in Gelsenkirchen, Langenbrahm in Essen-Rüttenscheid, Helene und Amalie in Altenessen, Rosenblumendelle in Mülheim. Weitere Stilllegungen sind angekündigt.

Was geht es die Kirche an?

Die überraschende Ankündigung der Schließung der Gesamtanlage Graf Bismarck und der ganze Hintergrund und Vorgang dieser Stilllegung stellen einen Tiefpunkt in der Krise dar, ja einen Schock. Jedermann fragt sich: Sind denn solche Vorgänge Naturereignisse, die wie Blitz und Donner über eine Landschaft dahinfahren? Oder stehen Menschen dahinter, die eine Verantwortung für Menschen haben?

Wo immer es aber um die Verantwortung für den Menschen geht, würde die Kirche sich selbst verleugnen, wenn sie schwiege. Wir würden auch das verleugnen, was wir seit fünfzehn Jahren in der gemeinsamen Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau hier aufgebaut haben. Diese

ganze Arbeit stand und steht unter dem Leitwort: Der Mensch im Betrieb. Darum habe ich meinen Brief an die Pfarrgemeinden in Buer-Erle, Ressermark und Bismarck geschrieben.

Vielleicht gibt es Menschen, die fragen: Was geht diese Bergbaukrise eigentlich die Kirche an? Dazu möchte ich in aller Deutlichkeit erklären:

Als Bischof dieser Gemeinden und dieses Gebietes fühle ich mich durch all das genauso betroffen wie der letzte Bergmann. Es geht hier gewiß um strukturelle Änderungen in der Energiewirtschaft, um wirtschaftliche, finanzielle und technische Fragen. Ich bin der letzte, der leugnete, daß all das sehr ernst genommen werden muß. Eindeutig hat das Konzil zum Ausdruck gebracht, daß die Kirche kein Anwalt von Sozialromantik oder wirtschaftlichen Utopien ist. Aber sie darf auch nicht wie ein stummer Hund dastehen, wenn es um die Rechte des Menschen geht. Und darum geht es auch, und darum geht es zuerst.

Im letzten Wort des Konzils „Über die Kirche in der Welt dieser Zeit“ steht ein Satz, den man nicht ernst genug nehmen kann: „Die Ordnung der Dinge muß der Ordnung der Personen dienen und nicht umgekehrt“ (Nr. 25). Das Konzil geht noch einen Schritt weiter: „Wo die Lebens- und Arbeitsbedingungen unmenschlich werden, wo der arbeitende Mensch als bloßes Mittel zum Erwerb betrachtet und nicht als freie und mitverantwortliche Person behandelt wird . . . , da zersetzt sich die menschliche Kultur. Das ist ein Verhalten, das noch mehr diejenigen entwürdigt, die so handeln, als die, die unter diesem Unrecht leiden. Zugleich ist es ein schwerer Angriff auf die Ehre des Schöpfers“ (Nr. 27).

Das ist letztlich der Grund, warum die Kirche hier gefordert ist: Es geht gewiß um eine kritische Phase in der wirtschaftlichen Entwicklung des Reviers, ja der Weltenergiewirtschaft; es geht aber auch um die darin zu wahrende Würde des Menschen und den Respekt vor seinem Schöpfer.

Zu wenig und zu spät

Nichts liegt mir in dieser Stunde ferner als irgendeine Dramatisierung der Situation. Wir alle wissen, daß die Wirtschaft etwas Lebendiges ist. Wo Leben ist, da ist Wandel. Es gibt nun Zeiten stetigen Wandels, und es gibt Zeiten stürmischen und tiefgreifenden Wandels. Da wandeln sich nicht nur Techniken, da wandeln sich die Strukturen. Was wir heute im Revier erleben, ist zweifellos ein umfassender Strukturwandel. Ja, wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte des Reviers.

Es ist gewiß nicht so, als ob zur Steuerung dieses Wandels nichts getan worden wäre und getan würde. Und alles, was in dieser Beziehung Regierung, Wirtschaft, Unternehmer, Gewerkschaft und Gemeinden schon getan haben und noch tun wollen, verdient gewiß Anerkennung. Aber mit einem englischen Wort möchte ich fragen: „To little, to late?“ — war es nicht „Zu wenig und zu spät?“ Wir wollen aber jetzt keine Gewissensforschung mit anderen vornehmen, was versäumt worden ist — gemahnt wurde früh genug, oft genug und ernst genug. Was uns jetzt beschäftigt, ist die Frage der Zukunft: Was kann geschehen und was muß geschehen?

Unser Konzil, auf das ich immer wieder zurückkomme, sagt, gerade aus den rasch wechselnden Spannungen in den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen stammen jene gesellschaftlichen Umbrüche, die soviel Chancen in

sich enthalten zum Fortschritt, aber auch viele Gefahren, ja geradezu Anreize zum Bösen. Gerade in solchen Zeiten des Umbruchs tut ein nüchterner Blick not und ruhiges Blut. Ich bin überzeugt, es besteht eine von uns allen vielleicht noch gar nicht hoch genug eingeschätzte Möglichkeit, jetzt alte Belastungen unseres doch zum Teil unorganisch und hektisch gewachsenen Reviers zu beseitigen. Noch haben wir es in der Hand, einem fortschrittlichen, gesunden und menschenfreundlichen Revier eine Zukunft zu bahnen, einem Revier, das auch junge Menschen auf ihrer Suche nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen als echte Heimat bejahen können.

. . . gewisse Sozialgrundsätze

Das aber setzt voraus, daß alle Verantwortlichen, Personen und Instanzen, gewisse Sozialgrundsätze unserer Kirche stärker als bisher und konsequenter als bisher beherzigen. Ich möchte meinen Eindruck nicht verschweigen, daß die Umstände der Schließung der Bismarckschächte — soweit sie bekannt geworden sind — bedauerlich wenig Rücksicht auf den Menschen genommen haben. War das notwendig? — so fragt Ihr. Mußte man so unerwartet, so unvorbereitet die unmittelbar Betroffenen vor die Tatsache der Stilllegung setzen, Menschen, die vielfach ein ganzes Bergmannsleben lang treu, hart und unter Gefahren unserem gemeinsamen wirtschaftlichen Aufstieg gedient haben? Menschen, denen zum Teil kein nachträglicher Sozialplan mehr eine entsprechende Arbeit vermitteln kann, Menschen, deren Familien z. T. seit Generationen hier wohnen, die zum Stamm unserer Bevölkerung gehören und die ein Stück der Tradition verkörpern, auf die das Revier Grund hat, stolz zu sein. Haben sich alle dafür Verantwortlichen einmal gefragt, wie sie empfinden würden, wenn ihr Leben einen vergleichbaren Schlag erhalten würde?

Wer sich mit dem anderen nicht sozial zu identifizieren vermag, wie kann der von einer sozialen Wirtschaft sprechen? Oder wie kann man bei solchem Vorgehen glaubhaft machen, daß man verantwortlich an die Anliegen der Bürger und Familien einer ganzen Stadt denkt, oder eines ganzen Berufszweiges und Berufsstandes? Wer geht — das könnte zur wahrhaft tödlichen Frage für den Ruhrbergbau werden —, wer geht unter solchen Umständen noch unter Tage?

Alle Einsichtigen erkennen: Hier muß endlich etwas geschehen und etwas mehr geschehen. Hier müssen sich stärker als bisher gültige Ordnungsmaßstäbe des Gemeinwohls durchsetzen gegenüber gruppen-egoistischen Sonderinteressen.

In fünf Grundsätzen möchte ich einige große Orientierungen des Konzils auf unsere Situation und auf die Zukunft unseres Reviers anwenden. Ich stehe dabei nicht allein. Vor wenigen Wochen haben sich die französischen Bischöfe angesichts vieler Betriebsschließungen, Gefährdungen von Arbeitsplätzen, Entlassungen, beruflichen Umschulungsschwierigkeiten in ähnlich krisenhafter Situation und in ähnlicher Weise in einem Wort zur sozialen und wirtschaftlichen Lage ihres Landes geäußert.

Langfristige Ordnungspolitik

I. Grundsatz: Wir brauchen eine langfristige Ordnungspolitik. Die Krise, unter der wir leiden, ist nicht das Ergebnis vorübergehender Erscheinungen. In ihr kündigen sich neue Notwendigkeiten der nationalen und internationalen Energiepolitik an. Diese Notwendigkeiten kön-

nen nicht von heute auf morgen bewältigt werden. Sie werden aber auch nicht bewältigt, wenn man gleichgültig oder resigniert abwartet, was weiter geschieht, oder radikale Forderungen erhebt, die keinem etwas nützen. Darum ist eine eingehende Überprüfung aller Elemente der heutigen Situation durch alle Beteiligten unentbehrlich und eine rechtzeitige gegenseitige Information und ein verantwortlicher Kontakt aller zur Hilfe Verpflichteten untereinander. Nur so ist dem Industrieviertel eine organische Weiterentwicklung zu sichern.

Gerade die Ereignisse um die Bismarckschächte zeigen, wie wichtig es ist, daß bei solchen längeren Umschichtungsprozessen genügend Vorsorge getroffen wird für die Umschulung der Bergleute. Dabei wollen wir nicht vergessen, daß die Arbeits- und Lebensweise des Bergbaus den Bergmann besonders prägen. Die Bergleute bilden noch einen der letzten wirklichen Stände. Sie haben nicht nur noch ihre eigene Tracht, sondern auch ihre eigene Sprache, ja ihre eigenen Lieder. Man kann sie nicht einfach ohne entsprechende Übergänge und Umschulungen in andere Industriezweige verlegen. Dabei können trotz aller Vorsorge noch große menschliche Schwierigkeiten bestehenbleiben. Denn was bedeutet es für einen Bergmann, der vielleicht 20 Jahre auf demselben Pütt gearbeitet hat, der bei seinen Kumpels und bei seinen Vorgesetzten angesehen ist, den alle kennen und der alle kennt, was bedeutet es, sage ich, wenn ein solcher Bergmann etwa in einem Eisen- oder Chemie-Betrieb als unbekannter Hilfsarbeiter neu anfangen muß und dazu vielleicht noch weite Anfahrtswege zum neuen Arbeitsplatz in Kauf zu nehmen hat? Besonders ist hier aber an jene Bergleute zu denken, die über 40, und erst recht an die, die über 50 Jahre alt sind. Sie kommen in einem Alter in die Existenzkrise hinein, in dem ihnen viele andere Arbeitsmöglichkeiten gerade wegen ihres Alters verschlossen bleiben. Übrigens gilt das in ähnlicher Weise auch von den älteren Angestellten, ja es gilt in entsprechender Weise auch von Angehörigen anderer Berufszweige, die in ähnliche Umstrukturierungen hineinkommen, wie etwa die Stahlarbeiter und sogar Straßenbahner. Hier ist Vorsorge von langer Hand nötig.

Für die von der Bergbaukrise Betroffenen werden Sozialpläne aufgestellt. Sie geben sicherlich große und anerkennenswerte Überbrückungshilfen. Aber für die älteren Bergleute laufen diese Überbrückungshilfen im allgemeinen nach drei Jahren aus. Da hilft also ein Sozialplan allein nicht weiter. Der Strukturwandel im Bergbau und in allen Industrien darf nicht in erster Linie auf dem Rücken der am meisten Betroffenen ausgetragen werden. Eine entsprechende Vorschau kann das vermeiden. Zu dieser Vorschau gehört in besonderer Weise auch die rechtzeitige Bemühung um neue Arbeitsplätze, und zwar von der Seite aller Beteiligten her.

Solidarische Zusammenarbeit

II. Grundsatz: Die Situation verpflichtet uns alle zu solidarischer Zusammenarbeit. Die Krise ist nicht bloß eine Aufgabe der Wirtschaft oder des Staates. Nur wenn alle Kräfte zusammenwirken, wenn auch die Städte, Gemeinden und Verbände, Gewerkschaften und Unternehmer solidarisch mitgehen, wenn jedes Prestigedenken aufgegeben wird, kann die Aufgabe gemeistert werden.

Dem Staat als dem Hüter des Gemeinwohls fällt die Aufgabe zu, die begrüßenswerten und vielfältigen Initiativen, Vorschläge und Leistungsangebote zu koordinieren.

Von ihm erwartet man einen verantwortlichen Rahmenplan. Das ist nicht bloß ein Problem des technischen Sachverständigen. Da sind Menschen notwendig, die außer Sachkenntnis und Weitsicht auch Mut und Besonnenheit haben, vor allem ein großes Verantwortungsbewußtsein. Da gilt es, nicht bloß vom Augenblick her zu denken, etwa in der Investitionspolitik. Man muß auch an die künftigen Generationen denken und ihnen Arbeit, Verdienst und Lebenshoffnung sichern.

Die besondere Sorge muß dem wirtschaftlich Schwächeren und Gefährdeten gelten. Das macht ein echtes Gespräch notwendig, ein ständiges Sich-auf-einander-abstimmen, ein Verhandeln mit offenen Karten. Das Konzil spricht davon, daß dies ein hohes Maß an Unbestechlichkeit nötig mache, ja es spricht geradezu von Weisheit und Liebe, die hier nötig sind, und bemerkt: „Unsere Zeit braucht mehr als die vergangenen Jahrhunderte diese Weisheit, damit wahrhaft menschlich wird, was immer an Neuem der Mensch entdeckt und ins Spiel bringt“ (Nr. 15).

Klare Vorstellungen

III. Grundsatz: Man muß sich klar darüber sein, was man will. Ohne klares Ziel keine sinnvolle und dauernde Zusammenarbeit! Unsere Gegenwart leidet darunter, und das Konzil beklagt es, daß der Einsatz der Mittel zwar immer technisch perfekter, die Ziele aber unklarer werden. Man kann nicht mit mechanistischen Zielvorstellungen des 19. Jahrhunderts an die Zukunftsfragen des Reviers herangehen. Wer die permanente Umschichtung auf dem Energiesektor darum mehr oder weniger dem sogenannten „freien Spiel der Kräfte“ überläßt, der überläßt sie in Wirklichkeit der Planlosigkeit, Willkür und dem Zufall. Die Zeit des „Laissez faire, laissez passer“ ist vorbei, d. h., man darf nicht alles treiben lassen in der optimistischen Erwartung, daß alles sich schon von selbst in Harmonie auflöse.

Der letzte Sinn der Wirtschaft, sagt das Konzil, ist weder die möglichst ständige Steigerung des Sozialprodukts als solche, noch die Steigerung wirtschaftlicher Macht. Erzeugung und Verteilung existieren nicht um ihrer selbst willen. Sie stehen im Dienst höherer Werte. Sie sollen die Grundlagen dafür darstellen, daß der Mensch sich als Mensch immer mehr entfalten kann, und zwar der ganze Mensch, der Mensch mit Leib und Seele, der einzelne, die Familien und die Gruppen, und schließlich alle Menschen, nicht nur eine bestimmte Gruppe von wirtschaftlich oder sozial Privilegierten. Der Mensch ist das Ziel der Wirtschaft. Er hat ein Recht auf eine seiner Würde entsprechende Entfaltung in Arbeit und Beruf, in Familie und Kultur. Er hat darum einen Anspruch auf den Arbeitsplatz, auf die Wohnung, auf die Heimat, auf die Teilnahme am kulturellen Leben seiner Gemeinde und seines Volkes. Darum kann man nicht mit ihm umgehen, als wäre er ein manipulierbares Ding. Erst recht darf der Mensch nicht den Eindruck bekommen, daß er eine bloße Figur auf dem Schachbrett wirtschaftlicher, vielleicht gar ferngesteuerter internationaler anonymer Machtkämpfe wird. Der Mensch ist anspruchsvoller, und mit Recht. Hinter allem Sehen des Menschen und der menschlichen Gemeinschaft steht die Sehnsucht nach einem wahrhaft freien und sinnerfüllten Leben, wobei alles, was die heutige Welt ihm darzubieten vermag, in Dienst genommen wird (vgl. Nr. 9).

IV. Grundsatz: Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt müssen zusammengehen. Wir erleben einen Fortschritt in

der Technik und in der Wirtschaft. Wir haben die Chance, heute vieles besser zu machen als unsere Vorfahren. Es ist falsch, zu meinen, das Technische und das Soziale ständen im Gegensatz miteinander. Das mag vielleicht am Anfang der industriellen Gründerzeit vor hundert Jahren gelegentlich der Fall gewesen sein. Heute gilt nicht mehr die Ausrede, man könne nur einem Herrn dienen, entweder dem technischen Fortschritt oder dem sozialen. Unsere Industriegesellschaft ist so entwickelt, daß wir den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt durchaus zum Besten der Menschen und des menschlichen Zusammenlebens wenden können, wenn die Verantwortlichen es wollen. Das ist vor allem eine Frage der Moral. Sie entscheidet die Richtung, die unser Fortschritt nimmt.

Wir begrüßen jeden echten technischen Fortschritt. Aber er ist nicht Selbstzweck. Er hat dem Menschen zu dienen. Ihm muß er sich unterordnen. Die Kirche mißgönnt dem Menschen nicht den wachsenden Wohlstand und Fortschritt. Sie möchte ihm nur helfen, sich in der Übergangsphase zurechtzufinden und Herr der Entwicklung zu bleiben, nicht Sklave zu werden. Der technisch-wirtschaftliche Fortschritt hat das Wirtschaftsleben ungeheuer rasch entwickelt. Diesem wirtschaftlichen Fortschritt muß immer der soziale entsprechen. Alle Bevölkerungskreise müssen am wachsenden Wohlstand beteiligt werden. Nur wenn bei diesem Strukturwandel die geistig-sittlichen Werte den Vorrang behalten, bedeutet der Fortschritt einen kulturellen Aufstieg. Sonst können technischer Fortschritt und wirtschaftlicher Wohlstand den Menschen zerstören.

Der Beitrag der Kirche

V. Grundsatz: Zur Verwirklichung dieses Programms hat auch die Kirche einen Beitrag zu leisten. Die Mitwirkung der Kirche ist begründet in ihrem Wesen und in ihrem eigenen Auftrag. Dazu gehört nicht, daß die Kirche zu Fragen technischer und organisatorischer Art Entscheidendes zu sagen hätte. Dazu ist sie weder gegründet noch ausgerüstet. Das hat sie auch in ihrer Lehre immer wieder betont. Ja, sie hat auf dem Konzil geradezu eindrucksvoll davor gewarnt, von ihr und von ihren Ämtern in dieser Beziehung Weisungen und Rezepte zu erwarten. Sie hat sich eindeutig zur Eigengesetzlichkeit der innerweltlichen Ordnungen bekannt und zu der Verantwortung, die in der Gestaltung der Welt der weltliche Sachverstand und die irdische Autorität haben. Das heißt aber nicht, daß sie zu Fragen der gesellschaftlichen Ordnung nicht Stellung

nimmt, daß sie sich darauf beschränkt, den Menschen über die Härte des Diesseits auf ein seliges Jenseits zu vertrösten, daß sie sich auf das Wirken am Altar und in der Sakristei beschränkt. Die Kirche steht vielmehr in der Welt und hat einen echten Auftrag an sie und eine echte Hilfe für sie. Sie fordert die Menschen auf, die innerweltlichen Ordnungen, die ja Ordnungen des Schöpfers sind, ernst zu nehmen und sie sachgerecht anzugehen. Sie fordert sie aber gleichzeitig auf, dieses ihr Wirken in der Welt in einen übergreifenden Zusammenhang zu stellen, jenen Zusammenhang, den uns der Glaube sehen läßt. Sie fordert uns auf, den Dienst an der Welt als einen Dienst am Bruder zu betrachten. Bruderdienst und Gottesdienst sind ein Dienst. Wer den einen verrät, verrät den anderen.

In zwei großen Dokumenten hat das Konzil seine Stellung zur Welt von heute neu umschrieben. Das eine beginnt mit den Worten: Licht der Völker, das zweite mit den Worten: Freude und Hoffnung. Was die Kirche der Welt im ganzen anzubieten hat, das bietet sie auch uns in den entscheidenden Jahren des Reviers an: Etwas von der Klarheit ihrer Grundsätze, und der Smog, der über unserm Schicksal liegt, lichtet sich, und wir sehen wieder einen Weg.

Etwas von der Freude und Hoffnung, die den wahrhaft Gläubigen nie verläßt, und die Resignation weicht. Eine wirklich soziale Wirtschaft, ein bißchen mehr Ernstnehmen des Menschlichen und — glaubt mir, es ist im Grund dasselbe — des Christlichen, und wir finden zusammen den Weg.

Verehrte Anwesende und liebe Bergleute! Wir stehen hier an der Ruhr nicht zum erstenmal in einer Krise. Was wir vor zwanzig Jahren hier an Krieg, Zerstörung und Demontage erlebt haben, war schlimmer. Viele von Euch erinnern sich noch an die Resignation jener Tage. Aber Ihr erinnert Euch auch an den entschlossenen Willen anzupacken, an den Mut und das Vertrauen der Männer und Frauen, die diese Stätten des Familien- und Arbeitslebens wieder aufgebaut haben.

Was wir uns damals erhalten haben, das halten wir auch jetzt fest. Was brauchen wir dazu? Eine langfristige Ordnungspolitik, eine solidarische Zusammenarbeit aller, ein klares Ziel, die Verbindung des wirtschaftlichen und des sozialen Fortschritts untereinander und nicht zuletzt die Ordnung und den Segen Gottes. Also trotz allem: Glück auf!

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Zur Konzilerklärung über die Religionsfreiheit

Die Erklärung über die Religionsfreiheit, die das Zweite Vatikanum als eines der letzten Dokumente in der letzten Öffentlichen Sitzung am 7. Dezember 1965 verabschiedet hat, wurde von Katholiken und Nichtkatholiken mit Erleichterung und großer Genugtuung aufgenommen. Der scheidende Generalsekretär des Weltrats der Kirchen, Willem Visser 't Hooft, begrüßte die Erklärung wenige Tage nach ihrer Verabschiedung als „eine gemeinsame Basis aller christlichen Kirchen für die gemeinsame Verteidigung der Religionsfreiheit und der menschlichen Grundrechte“.

Ein zukunftsweisendes Dokument

Sie gehört zweifelsohne nicht nur zu den umstrittensten, sondern auch zu den wichtigsten Dokumenten des Konzils, trotz ihrer wechsellagernden Geschichte und trotz der vielen Überarbeitungen, Hinzufügungen, methodischen und inhaltlichen Unklarheiten, die durch die sechsmalige Neufassung und durch die zweimalige ausführliche Debatte in der Aula nicht beseitigt wurden und die trotz aller Eindeutigkeit in der Grundaussage auch die Endfassung, wie sie vom Konzil gebilligt wurde, noch prägen. Je nach Standort wird man die Reichweite und Zukunftsmächtigkeit dieses Textes verschieden einschätzen. Man wird auch zu unterschiedlichen Wertungen kommen, ob man von der tatsächlichen kirchlichen Situation ausgeht, in